

Vorstellung auf der Bundespressekonferenz

Friedensgutachten 2022 \ Friedensfähig in Kriegszeiten

Der Schatten des Krieges liegt über Europa und verdunkelt auch die Möglichkeiten kooperativer Problemlösungen in der Weltpolitik. Mit ihrem Angriffskrieg auf die Ukraine hat die russische Führung Leid und Zerstörung über die Menschen im Land gebracht. Zugleich erschüttert die Aggression die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung. Die Auswirkungen des Krieges sind weltweit zu spüren: Der Umstand etwa, dass Russland und die Ukraine zentrale Exporteure für Weizen und Mais sind, gefährdet die Ernährungssicherheit unter anderem im Nahen Osten und in Afrika. 1982 forderte eine internationale Kommission unter Vorsitz des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme Gemeinsame Sicherheit ein, also: Sicherheit mit dem Gegner, um das Überleben zu garantieren. Heute, vierzig Jahre später, leben wir in einer Zeit Gemeinsamer Unsicherheit – und haben Zweifel, dem Gegner wirklich vertrauen zu können.

Nicht nur die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, ganz Europa steht vor einer Zäsur – und der Einschnitt betrifft auch andere Weltregionen. Die am 24. Februar 2022 eingeläutete Zeitenwende bedeutet aber nicht, dass wir in einer komplett anderen Welt aufgewacht wären. Für die Friedens- und Konfliktforschung gilt: Bisherige Erkenntnisse müssen zwar auf den Prüfstand. Aber es gibt keinen Grund, wichtige Einsichten der Vergangenheit über Bord zu werfen. Vielmehr gilt es, aus ihnen für heute zu lernen und sie auf die veränderte Lage hin anzupassen. So gibt es aus der Zeit des Kalten Krieges Erkenntnisse, wie eine Blockkonfrontation vor einer Eskalation bewahrt und in eine friedliche Kooperation überführt werden kann.

Eine Einsicht lautet: Auch in Zeiten der unmittelbaren Konfrontation darf sich unser Denken nicht allein durch die Logik des Krieges beherrschen lassen. Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit sind wichtig. Und dazu gehört auch eine angemessene militärische Ausstattung. Zugleich kann man in der öffentlichen Debatte mitunter den Eindruck gewinnen, dass sich mit Aufrüstung allerorten allein der Krieg beenden lässt. Wir haben daran seitens der Herausgeber:innen des Friedensgutachtens Zweifel, zumal es sich bei dem Aggressor um eine Atommacht handelt, die eine weitere, auch nukleare Eskalation des Gewaltkonfliktes immer wieder in Spiel gebracht hat.

Außen- und Sicherheitspolitik muss vor diesem Hintergrund einer Doppelstrategie folgen. Wehrhaftigkeit und Sanktionsbereitschaft ist eine zentrale Säule, Friedensfähigkeit aber ebenso. Wir heben im Folgenden fünf Punkte hervor, bei denen die Bundesregierung noch stärker auf Friedensfähigkeit setzen sollte.

1. Druck auf Russland mit dem Ziel, Verhandlungen zu ermöglichen

Der Westen hat mit harten Sanktionen und der Lieferung zunehmend schwerer Waffen dazu beigetragen, dass Russland bislang militärisch nur begrenzt seine Ziele erreichen konnte und hohe Verluste erleiden musste. Mit dem Stocken des russischen Vormarschs haben sich aber nicht nur Russlands Kriegsziele, sondern auch die Kriegsziele des Westens gewandelt. Es ist mitunter von der Schwächung Russlands über den gegenwärtigen Krieg hinaus die Rede. Damit wird aber das Rechtfertigungsnarrativ Putins bedient, der Westen habe es schon immer auf die Niederwerfung

Russlands abgesehen. Auch können solche Absichten die Risikobereitschaft der russischen Führung erhöhen.

Klar ist: Sanktionen gegenüber Großmächten wie Russland führen nicht unmittelbar zu Verhaltensänderungen, aber mittelfristig entfalten sie ihre Wirkung. Sie müssen zudem unter der Zielperspektive gesehen werden, andere Staaten davon abzuhalten, ebenfalls die Regeln zu verletzen. Diese Botschaft gilt aktuell nicht zuletzt der VR China im Konflikt um Taiwan.

Die sanktionierenden Staaten sollten deutlich kommunizieren, unter welchen Bedingungen Sanktionen teilweise oder ganz zurückgenommen werden. Eine erste Voraussetzung hierfür könnte im Ukraine-Krieg ein Waffenstillstand sein, der sich seinen Namen jedoch gewiss erst verdienen müssen. Das Vertrauen in die Aufrichtigkeit der russischen Führung ist nach den eklatanten Lügen im Vorfeld des Krieges gering. Umso wichtiger werden Beobachtungs- und Kontrollmechanismen sowie internationale Sicherheitsgarantien sein. Eine Lockerung der Sanktionen wird nicht frühzeitig möglich sein, sondern weitreichende Zugeständnisse von russischer Seite erfordern und in Abstimmung mit der Ukraine erfolgen müssen. Ein Kriterium dafür könnten substantielle Verhandlungsfortschritte wie der Rückzug der russischen Truppen hinter vereinbarte Linien sein.

2. Nur eine einige EU kann zu einer neuen Friedens- und Sicherheitsordnung beitragen

Die Friedensfähigkeit der EU ist heute besonders gefordert. Die Einigkeit bei den ersten Sanktionsmaßnahmen darf nicht verloren gehen. Der gemeinsame Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz, vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron, vom italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi sowie vom rumänischen Präsidenten Klaus Iohannis am 16. Juni 2022 in Kiew war ein ermutigendes Zeichen, dass sich die innereuropäische Abstimmung intensiviert und Handeln auch gemeinsam sichtbar gemacht wird.

Die Ukraine braucht eine klare Beitrittsperspektive. Diese wird nicht mit reduzierten „Billigstandards“ zu haben sein, aber verfahrensmäßig muss man über einen fast track nachdenken. Zugleich gehen die Beitrittswünsche über die Ukraine hinaus. Neben der Ukraine selbst signalisieren nun auch Georgien und Moldau Interesse an einem EU-Beitritt. Auf dem Balkan gibt es zähe Beitrittsverhandlungen mit Serbien und Montenegro. Dringend ist vor diesem Hintergrund eine Reform der Entscheidungsregeln, will die EU bei einer Erweiterung ihre Handlungsfähigkeit nicht verlieren. Ein notwendiger erster Schritt auf dem Weg zu einer handlungsfähigeren EU ist die schnelle Einführung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP).

3. Wehrhaftigkeit muss durch Rüstungskontrollinitiativen flankiert werden, gerade auf nuklearer Ebene

Der Ukraine-Krieg erhöht massiv das Risiko einer nuklearen Eskalation. Und das zu einer Zeit, in der der Zustand der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle ohnehin kritisch ist. Kernwaffenarsenale wachsen in einigen Staaten kontinuierlich an; in den USA und Russland verlangsamte sich ihre Reduktion. Viele Staaten entwickeln zudem neue Trägersysteme. Fast alle bilateralen Rüstungskontrollmechanismen wurden aufgegeben. Auch das nukleare Nichtverbreitungsregime steht vor Schwierigkeiten. Gerade in Krisenzeiten gilt: Internationale Bemühungen um nukleare Deeskalation, Abrüstung und Rüstungskontrolle brauchen dringend neue Impulse. Kurzfristig gilt es für die Bundesregierung, die Gefahr einer nuklearen Eskalation so gering wie möglich zu halten. Dazu kann ein öffentlicher Verzicht der NATO auf einen Erstschlag dienen.

Die Unterstützung der Ukraine bei der Verteidigung ihrer territorialen Integrität ist zentral, doch zugleich gilt der Imperativ, die Gefahr einer nuklearen Konfrontation, eine weitere Ausweitung des Krieges und nachfolgend auch die Proliferation der gelieferten Waffen in andere Konfliktregio-

nen zu vermeiden. Nicht zuletzt sind die Waffenlieferungen durch das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine nach Art. 51 der UN-Charta legitimiert und dürfen nicht dazu dienen, eine ansonsten restriktive Rüstungsexportpolitik aufzuweichen. In die richtige Richtung gehen Überlegungen, Regimen Waffen zu versagen, die massive Menschenrechtsverletzungen begehen oder nach außen hin aggressiv auftreten.

4. Friedensfähig – auch außerhalb Europas

Die Auswirkungen des Krieges treffen nicht nur Europa, sie sind global. Von daher müssen Deutschland und die EU auch entwicklungs-, handels- und finanzpolitisch friedensfähig sein. Dies wird Geld kosten, was die Politik frühzeitig und klar kommunizieren muss. Insbesondere bedingt der Ukrainekrieg eine weltweite Nahrungsmittelkrise, die sich in steigenden Preisen niederschlägt. 44 % der Getreideimporte Afrikas stammen aus Russland und der Ukraine. Vor allem die Ernährungslage in den südlichen Mittelmeeranrainern (Ägypten, Libanon und Tunesien) und in Ostafrika (vor allem Sudan, Kenia, Äthiopien) ist von Getreidelieferungen aus der Ukraine und Russland abhängig. Eine externe Stabilisierung ist nötig. Die Vereinten Nationen (insbesondere das Welternährungsprogramm WFP) muss gerade in Krisengebieten darin unterstützt werden, schnell und unbürokratisch die Getreidespeicher für humanitäre Hilfe aufzustocken. Langfristig sollte die landwirtschaftliche Produktion – gerade in Afrika – von Getreideimporten unabhängiger werden.

Der Ukraine-Krieg überschattet viele andere Gewaltkonflikte in der Welt, die ebenfalls dringend friedenspolitischen Engagements bedürfen. Der diplomatische Einsatz zur Bearbeitung von Konflikten bleibt prioritär. Die vorherige Bundesregierung hat sich mit den Berliner Libyen-Konferenzen im Januar 2020 und im Juni 2021 prominent als Unterstützerin von UN-Vermittlungsbemühungen engagiert. An derartige Initiativen sollte auch die neue Bundesregierung anknüpfen, selbst wenn es das Risiko von Stillstand oder Rückschlägen gibt.

5. Eckpunkte für eine Nationale Sicherheitsstrategie

Die Bundesregierung diskutiert zurzeit eine Nationale Sicherheitsstrategie (NSS). Überlagert wird die Debatte verständlicherweise durch den Krieg in der Ukraine. Das „Sondervermögen Bundeswehr“ und die Absicht, von nun an mindestens 2 % des Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung zu investieren, erfordern eine Klärung strategischer Ziele und militärischer Fähigkeiten. Mit mehr Geld allein ist es zudem offensichtlich nicht getan. Die Bundeswehr ist gefangen in verkrusteten und überreglementierten Beschaffungsverfahren, die die Kosten einzelner Projekte in die Höhe treiben und verhindern, dass das benötigte Material zeitnah bei den Soldat:innen ankommt. Zudem sollte die Bundeswehr auch die Offenheit für Lernprozesse mitbringen. So ist es bemerkenswert, dass sich bei der gegenwärtigen, ressortgemeinsamen Evaluation des deutschen Engagements in Afghanistan ausgerechnet das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) nicht beteiligt.

Die Nationale Sicherheitsstrategie muss über die Herausforderungen des Ukraine-Krieges hinausgehen. Ein deutsches Engagement auch über Europa hinaus ist gefordert, gerade im Rahmen von UN-Stabilisierungsmissionen. Nicht-militärische Bedrohungen wie der Klimawandel dürfen nicht aus dem Blick geraten. Teil der Nationalen Sicherheitsstrategie muss nicht zuletzt Feministische Außenpolitik werden. Der Ukraine-Krieg zeigt, wie männlich Politik, Militär und auch Diplomatie nach wie vor geprägt sind. Feministische Außenpolitik hilft, Ursachen des Krieges besser zu verstehen. So kann sie etwa im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine imperiale Ansprüche entschlüsseln, die auch aus einem gefährlichen Verständnis von Männlichkeit resultieren. Sie rückt die Stimmen von Opfern in den Blick und setzt sich für eine Verfolgung von Kriegsverbrechen ein. Klar ist auch: Nachhaltiger Frieden nach dem Krieg ist nur möglich, wenn mehr Frauen und auch marginalisierte Gruppen mitentscheiden.

Schlussfolgerungen

Der russische Angriffskrieg bedroht die Fundamente der europäischen und auch der globalen Friedensordnung. Doch dürfen in der „Zeitenwende“ ebenso wie in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie friedenspolitische Erkenntnisse nicht über Bord geworfen werden. Friedensfähig ist nur, wer über die Kriegslogiken hinausdenkt und diplomatische Optionen entwickelt, Gewaltkonflikte mittel- bis langfristig zu lösen. Friedensfähig ist zudem nur, wer Kriegsfolgen lindert, damit nicht Ursachen für weitere Kriege entstehen. Wir leben in Zeiten Gemeinsamer Unsicherheit, die von völliger Konfrontation geprägt ist. Friedensfähigkeit bedeutet, den steinigen Weg dahin zu ebnen, dass Minimalformen der Kooperation wieder möglich werden.

Die herausgebenden Institute

Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen

Pressekontakt

Dr. Ursula Grünenwald

Ansprechpartnerin für Presseanfragen

gruenenwald@hsfk.de

Telefon +49 69 959104-13

www.friedensgutachten.de

Twitter: [@PeaceReport](https://twitter.com/PeaceReport) #friedensgutachten

